



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

DR Kongo – Juli bis Dezember 2024

31. Dezember 2024

08. Juli 2024

Todesstrafe für 25 Soldaten der Armee

Das Militärgericht der Garnison Butembo in der Provinz Nord-Kivu hat am 03.07.24 insgesamt 25 Soldaten, darunter zwei Hauptmänner, der kongolesischen Armee, zum Tode verurteilt. Die Anklagepunkte lauteten „Flucht vor dem Feind“, „Veruntreuung von Kriegsmaterial“ und „Befehlsverweigerung“. Unter den insgesamt 31 Angeklagten befanden sich vier zivile Ehefrauen der Soldaten, die die mutmaßlich veruntreuten Materialien und Waren erhalten haben sollen. Diese wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die kongolesische Regierung hatte das seit dem Jahr 2003 bestehende Moratorium für die Todesstrafe am 13.03.24 für Militärangehörige, die des Verrats schuldig gesprochen wurden und für Mitglieder bewaffneter Gruppen oder krimineller Banden aufgehoben (vgl. BN v. 25.03.24).¹

05. August 2024

M23: Waffenstillstand vereinbart

Auf Vermittlung Angolas vereinbarten die DR Kongo und Ruanda am 30.07.24 einen Waffenstillstand im Konflikt zwischen der von Ruanda unterstützten Rebellengruppe Mouvement 23 Mars (M23) und den kongolesischen Sicherheitskräften. Der Ende 2021 ausgebrochene Konflikt, der sich auf die Provinz Nord-Kivu konzentriert, fordert immer wieder zivile Todesopfer und hat rd. 1,7 Mio. Menschen vertrieben (vgl. BN v. 29.01., 19.02., 11.03. u. 15.04.24). Der Berichterstattung zufolge sollte der unbefristete Waffenstillstand am 04.08.24 in Kraft treten. Weitere Details seien unbekannt. Ein Analyst der International Crisis Group (ICG) äußerte sich skeptisch hinsichtlich der Haltbarkeit des Waffenstillstands, zumal das öffentliche Communiqué etwa M23 nicht explizit benannt habe. Zuvor seien zwei aufeinanderfolgende humanitäre Feuerpausen von jeweils zwei Wochen teilweise nicht beachtet worden. Die erste, am 05.07.24 beginnende, Feuerpause war von den USA verkündet worden.

Weiterer Berichterstattung zufolge nahm M23 am ersten Tag des Waffenstillstands, kampflos den Ort Ishasha an der Grenze zu Uganda ein, nachdem sich die kongolesische Armee und die mit ihr verbündeten Wazalendo genannten Selbstverteidigungsgruppen zurückgezogen hatten. In Kinshasa finde derweil ein Gerichtsverfahren gegen 26 mutmaßlich mit M23 verbundene Personen statt, gegen die meisten von ihnen in Abwesenheit. Ihnen würden Kriegsverbrechen, Teilnahme an einem Aufstand und Verrat vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft habe am 29.07.24 in 25 Fällen die Todesstrafe gefordert. Unter den abwesenden Angeklagten sei der ehemalige Vorsitzende der Wahlkommission (CÉNI) Corneille Nangaa. Er habe am 15.12.23 aus Kenia die Gründung des politisch-militärischen Bündnisses Alliance Fleuve Congo (AFC) bekannt gegeben, dem sich auch M23 angeschlossen habe.²

12. August 2024

M23: Todesstrafen ausgesprochen

Am 08.08.24 erging das Urteil im Gerichtsverfahren gegen 26 mutmaßlich mit der Rebellengruppe Mouvement 23 Mars (M23) bzw. dem politisch-militärischen Bündnis Alliance Fleuve Congo (AFC) verbundenen Personen (vgl. BN v. 05.08.24). Alle Angeklagten, die meisten davon in Abwesenheit, wurden laut Medienberichten zum Tode verurteilt. Staatspräsident Félix Tshisekedi warf in einem Interview am 07.08.24 seinem Vorgänger Joseph Kabila vor, das Bündnis AFC zu unterstützen und über dieses einen Aufstand vorzubereiten.

Im Osten des Landes agieren zur Unterstützung der DR Kongo gegen M23 Hilfstruppen der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), welche eine entsprechende Mission der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) abgelöst hatte (vgl. BN v. 04.12.23, 19.02. u. 15.04.24). Der UN-Sicherheitsrat ermöglichte mit der Resolution S/RES/2746 (2024) am 06.08.24 nun eine Unterstützung der SADC-Mission durch die UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO). Die MONUSCO selbst befindet sich in einem langsamen phasenweisen Rückzug.³

19. August 2024

Mpox: WHO ruft internationalen Gesundheitsnotstand aus

Am 14.08.24 rief die WHO eine gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite aus. Das hatte die WHO bereits im Jahr 2022 einmal getan. Die Notlage ist durch die bislang vor allem in der DR Kongo voranschreitenden Ausbreitung einer Variante der endemischen, gefährlicheren Klade 1b des Mpox-auslösenden Virus begründet. In der DR Kongo wurden laut einem am 15.08.24 vorgestellten Bericht seit Jahresbeginn über 15.600 potentielle Mpox-Infektionen und 548 Todesfälle verzeichnet. Besonders betroffen seien bisher nördliche, östliche und zentrale Provinzen.

Der Berichterstattung zufolge zeichnet sich Mpox (vormals Affenpocken) besonders durch Hautausschläge in Form von Blasen aus. Übertragung erfolge durch nahen Kontakt mit infizierten Personen oder kontaminierten Materialien. Fälle mit der aktuellen Variante wurden auch in Burundi, der Zentralafrikanischen Republik, Kongo (Republik), Ruanda und Uganda gemeldet. Eine Impfung gegen Mpox ist möglich. In Afrika gebe es jedoch einen großen Mangel an Impfstoffen, Tests und Mitteln zur Behandlung.⁴

02. September 2024

Waffenstillstand scheitert durch weitere Kämpfe

Der Waffenstillstand zwischen den kongolesischen Streitkräften (FARDC) und der Rebellengruppe Mouvement 23 Mars (M23) im Osten des Landes ist gescheitert, nachdem sich die Kämpfe in der Nähe wichtiger Gebiete zwischen dem Edwardsee und dem Kivusee erneut verschärften haben. Die M23-Rebellen und die kongolesischen Streitkräfte machten sich gegenseitig für einen Schusswechsel am 25.08.24 verantwortlich. M23 erklärte, sie hätten zu den Waffen gegriffen, nachdem ihr Luftraum in Lubero und Rutshuru von der FARDC verletzt worden sei. Die FARDC hielt dem entgegen, dass wegen des schlechten Wetters keine Flugzeuge in Nord-Kivu hätten fliegen können. M23 habe trotz des im Juli 2024 vereinbarten Waffenstillstands bedeutende Gebiete erobert, darunter die strategisch wichtige Stadt Kirumba.

Auf Vermittlung Angolas hatten die DR Kongo und Ruanda am 30.07.24 einen Waffenstillstand im Konflikt zwischen der von Ruanda unterstützten Rebellengruppe Mouvement 23 Mars (M23) und den kongolesischen Sicherheitskräften vereinbart, der am 04.08.24 in Kraft treten sollte. Expertinnen und Experten waren bereits skeptisch hinsichtlich der Haltbarkeit des Waffenstillstands gewesen, zumal das öffentliche Communiqué etwa M23 nicht explizit benannt hatte und zudem zwei aufeinanderfolgende humanitäre Feuerpausen von jeweils zwei Wochen teilweise nicht beachtet worden waren (vgl. BN v. 05.08.24).⁵

09. September 2024

129 Tote bei Ausbruchsversuch aus Makala-Gefängnis

In der Nacht vom 01.09. auf 02.09.24 ist es im größten Gefängnis des Landes, dem Zentralgefängnis Makala in der Hauptstadt Kinshasa zu einem Ausbruchsversuch Inhaftierter gekommen. Wie die kongolesischen Behörden berichten, seien dabei insgesamt 129 Menschen gestorben. 24 Menschen seien durch Schüsse nach Vorwarnungen getötet worden, der Großteil der Toten sei dem Gedränge und der Massenpanik geschuldet. Über 50 weitere Personen seien verletzt und mehrere Frauen während der unübersichtlichen Situation vergewaltigt worden. Im Zuge des Fluchtversuchs sei es in mehreren Gebäuden des Gefängnis Komplexes zu Bränden gekommen. Die Regierung stellte klar, dass keinem der Inhaftierten eine Flucht gelungen sei. Die Opposition stellt die Darstellungen der Regierung in Frage und befürchtet eine deutlich höhere Bilanz an Opfern.

Laut Medienkorrespondierenden vor Ort hat die Armee die Umgebung abgesperrt und ihre Truppen um das Gefängnis herum verstärkt. Am 03.09.24 sei die Strom- und Lebensmittelversorgung im Gefängnis wieder angelaufen.

Das Innenministerium hat eine Untersuchungskommission einberufen. Stimmen der Zivilgesellschaft, der politischen Opposition und von Menschenrechtsorganisationen kritisierten das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte sowie die große Anzahl an Todesopfern und fordern eine gemeinsame und unabhängige Untersuchung der Ereignisse. Diese Stimmen vermuten u.a. die chronische Überbelegung im Gefängnis Makala als Ursache für die vielen Toten. Menschenrechtsorganisationen berichteten zuletzt von bis zu 15.000 Inhaftierten in dem Gefängnis Komplex, der für lediglich 1.500 Häftlinge ausgelegt ist. Die Haftbedingungen seien dementsprechend problematisch. Der Großteil der Inhaftierten warte noch auf einen Gerichtsprozess.⁶

Oppositionspolitiker festgenommen

Beamte des kongolesischen nationalen Nachrichtendienstes (Agence nationale de renseignement, ANR) haben am 02.09.24 den Oppositionspolitiker Seth Kikuni festgenommen. Dabei sei es einem politischen Berater Kikunis zufolge zur Gewaltanwendung gekommen. Zwei seiner Mitarbeiter, die ebenfalls festgenommen wurden, wurden am 04.09.24 freigelassen. Nach aktuellen Kenntnissen befindet sich Kikuni noch in Gewahrsam des ANR. Die Behörden haben sich bislang nicht zu den Gründen für die Festnahme geäußert. Politische Kollegen Kikunis vermuten seine oppositionelle Haltung und Aktivismus gegen die Regierung hinter der Festnahme. Einige Stunden vor der Stürmung seines Büros soll Kikuni einen Post zu dem Ausbruchsversuch aus dem Gefängnis Makala veröffentlicht, die Darstellungen der Regierung angezweifelt und das Ereignis als Massaker und Hinrichtung von Bürgerinnen und Bürgern bezeichnet haben.

Seth Kikuni hatte gemeinsam mit seinem Partner Lubaya im Juni 2023 eine Bewegung gegen die Regierung Felix Tshisekedis mit den Argumenten, die Regierung sei illegitim, korrupt und habe kein reelles Projekt für das Land, ins Leben gerufen. Kikuni war Präsidentschaftskandidat im Jahr 2018. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2023 zog er seine Kandidatur zugunsten von Moïse Katumbi zurück.⁷

30. September 2024

400 Fälle von Menschenrechtsverletzungen im Juli 2024

In einer am 02.09.24 veröffentlichten Mitteilung hat das Gemeinsame Büro der Vereinten Nationen für Menschenrechte (BCNUDH) in der DR Kongo bekannt gegeben, dass es 400 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße auf dem gesamten Gebiet des Landes für den Monat Juli 2024 dokumentiert hat. Im Vergleich zum Monat Juni 2024 sei die Anzahl von über 300 Fällen nun um rd. 20 % angestiegen. Die im Juli dokumentierten Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe hätten 1.487 Menschen getroffen, darunter rd. 770 Männer, 140 Frauen, 55 Jungen, 40 Mädchen und einige Personen, deren Alter und Geschlecht unbekannt geblieben seien. Das BCNUDH machte in seiner Erklärung u.a. bewaffnete Gruppen, die kongolesischen Streitkräfte (FARDC), aber auch die nationale Polizei für die Zahl an Opfern verantwortlich. Die kämpferischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes, insbesondere die Angriffe bewaffneter Gruppen auf die Zivilbevölkerung in den Gebieten Beni, Masisi, Lubero, Mambasa und Djugu würden zum Großteil der schweren Menschenrechtsverletzungen und -verstöße führen. 340 der 400 dokumentierten Fälle stammen aus den Konfliktgebieten. Ein weiterer Grund für den Anstieg

seien aber auch die vermehrt dokumentierten Fälle bei öffentlichen Demonstrationen in Kinshasa und Haut-Katanga sowie Fälle von Vergewaltigungen mit anschließender Hinrichtung der Opfer.⁸

07. Oktober 2024

Situation im Osten

Verschiedene NGOs und internationale Organisationen warnen, dass die Bevölkerung im Osten der DR Kongo schwerem Leid ausgesetzt sei, das durch Menschenrechtsverletzungen und eklatante Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im anhaltenden Konflikt ausgelöst werde. Im Osten des Landes werde anhaltende Gewalt durch mehrere nichtstaatliche Gruppen in bewaffneten Kämpfen ausgeübt. Diese Gewalt habe in der ersten Hälfte des Jahres 2024 bereits mehr als 940.000 Menschen aus der Region gezwungen, zu fliehen. Zehntausende Menschen seien beispielsweise in das Vertriebenenlager nach Goma geflüchtet, das prekäre medizinische und humanitäre Verhältnisse aufweise. Im Jahr 2023 sei zudem mit über 25.000 Fällen eine noch nie dagewesene Zahl an Opfern und Überlebenden sexueller Gewalt in der DR Kongo dokumentiert und behandelt worden. Dieser Trend setze sich auch in den ersten Monaten des Jahres 2024 fort. Die überwiegende Mehrheit dieser Opfer und Überlebenden habe im Vertriebenenlager in Goma gewohnt. Da die Zahl an Fällen sexualisierter Gewalt im Jahr 2023/2024 bei weitem die höchste sei, die NGOs und Organisationen in der DR Kongo jemals dokumentiert haben, seien alle nationalen und internationalen Akteure aufgerufen, dringend Maßnahmen auch zum allgemeinen Schutz der Menschen im Osten des Landes zu ergreifen.⁹

21. Oktober 2024

UN: Im Jahr 2024 rd. 1 Mio. Menschen vertrieben

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Volker Türk, hat am 08.10.24 in einem Pressebriefing berichtet, dass in der DR Kongo im Jahr 2024 etwa 940.000 Menschen vertrieben wurden. Er berufe sich auf humanitäre Quellen. Die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen sei damit auf mehr als 6,4 Mio. Menschen gestiegen. Zudem sei die DR Kongo mit einer Zahl von 23,4 Mio. Menschen das am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffene Land der Welt. Das Land gehöre auch zu den fünf ärmsten Ländern der Welt. Etwa jeder sechste Mensch in Afrika südlich der Sahara, der in extremer Armut lebt, wohne in der DR Kongo. Türk mahnte, dass die illegale Ausbeutung des Landes und der illegale Handel mit natürlichen Ressourcen die Konflikte im Osten angeheizt hätten und diese die Bevölkerung noch weiter in die Armut stürzen würden. Angesichts der humanitären Situation im Land appellierte er auch an den kongolesischen Präsidenten, die Beendigung des Konflikts im Osten zur obersten Priorität zu machen.¹⁰

11. November 2024

Überarbeitung der Verfassung angekündigt

Präsident Félix Tshisekedi hat bei einem Aufenthalt im nordöstlichen Kisangani bei einer öffentlichen Kundgebung am 23.10.24 verkündet, er wolle die Verfassung der DR Kongo im Jahr 2025 überarbeiten und hierfür eine Kommission aus verschiedenen Gesellschaftsschichten zusammenstellen. Laut Tshisekedi habe die Verfassung „Schwächen“ und sei „nicht auf die Realitäten des Landes zugeschnitten“. Mehrere Artikel der Verfassung bedürften einer Änderung, selbst die Artikel, die die Amtszeit des Staatsoberhauptes begrenzen.

Die Debatte um eine Verfassungsänderung hatten Mitglieder aus Tshisekedis Regierungspartei Union pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS) bereits Anfang Oktober 2024 angestoßen. Die Opposition kritisierte das Vorhaben und warnte, es handle sich um einen Plan Tshisekedis, an der Macht zu bleiben. Der Präsident erwiderte, über eine Änderung der Amtszeit des Präsidenten entscheide letztlich das Volk. Im Dezember 2023 wurde Tshisekedi nach der aktuell geltenden Verfassung für eine zweite und letzte Amtszeit wiedergewählt (vgl. BN v. 08.01.24).

Die Parteikoalition Front Commun pour le Congo (FCC) des ehemaligen Präsidenten Joseph Kabila hat sich gegen die geplante Verfassungsänderung ausgesprochen und rief in einer am 27.10.24 veröffentlichten Erklärung das Volk

auf, sich zu mobilisieren, um das Vorhaben zu vereiteln. Die geplante Reform sei „eine Gefahr für den Frieden, die Einheit und die Stabilität des Landes“.

Im Jahr 2015 hatte das Lager des damaligen Präsidenten Joseph Kabila ebenfalls versucht, die gleiche Verfassung zu ändern, musste dies aber unter dem Druck der Kirche, der Menschen auf der Straße und der Opposition aufgeben.

Die aktuelle Verfassung von 2006 ist die dritte durch ein Referendum angenommene Verfassung der DR Kongo und wurde im Jahr 2011 zuletzt überarbeitet.¹¹

16. Dezember 2024

SPT: Mechanismus zur Verhinderung von Folter gefordert

Der Unterausschuss der UN zur Verhütung von Folter (Subcommittee on prevention of torture, SPT) hat am 11.12.24 in einer Pressemitteilung dringende Maßnahmen in der DR Kongo zur Verhinderung von Folter anlässlich der unmenschlichen Haftbedingungen im Land gefordert. Eine Delegation des SPT hatte von 01.12. bis 07.12.24 einen Besuch in der DR Kongo unternommen und u.a. unangekündigt mehrere Haftanstalten, darunter zwei Gefängnisse, mehrere Polizeistationen sowie die Zellen des Justizpalastes, besichtigt und vertrauliche Interviews mit Gefangenen, Strafvollzugsbeamtinnen und -beamten, Polizistinnen und Polizisten sowie mit medizinischem Personal geführt.

Der Leiter der Delegation teilte mit, dass das Land bereits erste Fortschritte angesichts der Einrichtung eines nationalen Präventionsmechanismus (NPM) gemacht habe, jedoch eine schnelle Umsetzung entscheidend sei. Der NPM sei notwendig, um die schlechten Haftbedingungen, die sie beobachtet hätten, zu beheben und um Folter und Misshandlung zu verhindern. So sei bspw. die Überbelegung der Zellen nicht nur in den Gefängnissen aufgefallen, sondern erstrecke sich auch auf Zellen von Polizeistationen und Gerichten, die für die Inhaftierung von Personen über 48 Stunden hinweg völlig ungeeignet seien. Der systematische Vollzug von zu langer Untersuchungshaft sei die Hauptursache für das Problem.

Eine unabhängige von Jeune Afrique beauftragte Recherche in der DR Kongo zu den dortigen Haftbedingungen nach dem tödlichen Aufstand und Ausbrüchen im Gefängnis Makala Anfang September 2024 (vgl. BN v. 09.09.24) ergab, dass rd. 80 % der in Haft befindlichen Personen noch auf einen Prozess warten. Nicht nur die Überbelegung und zu lange Untersuchungshaft würden die Haftbedingungen zu einem Problem machen. Auch die Versorgung mit frischem Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischen Produkten sei unzureichend. Wie Medien berichten, bestätigte der Direktor des Gefängnisses Tanganyika in Moba am 11.12.24, dass die Haftanstalt seit elf Monaten über kein Trinkwasser verfüge. Die Inhaftierten könnten sich kaum waschen und seien auf die Hilfe des Roten Kreuzes oder Besucherinnen und Besucher angewiesen. Das Risiko von Krankheiten sei erhöht. Der Direktor habe sich bereits an die regionalen Behörden gewandt, es sei jedoch noch nichts unternommen worden.¹²

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 DW: En RDC, des soldats condamnés à mort pour avoir fui l'ennemi, 04.07.24; RFI: Soldiers in DR Congo condemned to death for 'fleeing the enemy', 05.07.24.
 - 2 Reuters: Ceasefire agreed in eastern Congo conflict, mediator Angola says, 30.07.24; Le Monde: Rébellion du M23 : l'Angola annonce un accord de cessez-le-feu entre la République démocratique du Congo et le Rwanda, 31.07.24; Radio France Internationale (RFI): Le grand invité Afrique - Cessez-le-feu entre la RDC et le Rwanda: «Le passé ne pousse pas vraiment à l'optimisme», 02.08.24; RFI: RDC: la rébellion du M23 s'empare de la localité d'Ishasha, frontalière de l'Ouganda, 04.08.24; Voice of America (VOA): Prosecution calls for 25 death sentences in DR Congo rebellion trial, 29.07.24; TV5Monde: RDC : ouverture du procès de Corneille Nangaa, 25.07.24.

-
- 3 Le Monde: En RDC, vingt-six prévenus condamnés à mort pour leur participation à la rébellion du M23, 08.08.24; Jeune Afrique: « L'AFC, c'est lui » : Tshisekedi accuse Kabila de soutenir la rébellion de Nangaa et du M23, 07.08.24; UN Security Council: Adopting Resolution 2746 (2024), Security Council Authorizes UN Operation in Democratic Republic of Congo to Support Southern African Development Community Mission in Country, 06.08.24; Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo (MONUSCO): CP: Fin de mission de la MONUSCO au Sud-Kivu après plus de 20 ans de service, 25.06.24.
 - 4 Africanews: WHO declares mpox outbreak in Congo a global emergency, highlighting severity of symptoms, 16.08.24; Le Monde: L'épidémie de mpox a fait 548 morts depuis le début de l'année en RDC, 15.08.24; UN News: Mpox : le variant repéré en Suède, l'OMS appelle tous les pays à lutter ensemble, 16.08.24.
 - 5 DW: DR Congo Ceasefire Fails Amid Intensifying M23 Conflict, 28.08.24; DW: DR Congo conflict. Why is the cease-fire not holding?, 27.08.24; News24: FARDC, M23 rebels trade blame for fighting that disrupted DRC peace talks, 26.08.24.
 - 6 Africanews: At least 129 dead in attempted jailbreak in Congo, 03.09.24; BBC News: More than 100 killed in failed DR Congo jailbreak, 03.09.24; DW: DR Congo. 129 killed in attempted prison break, 03.09.24; France 24: At least 129 dead in DR Congo jailbreak attempt, 03.09.24; Radio Okapi: La surpopulation carcérale justifie le nombre élevé des morts dans la prison de Makala (ONG), 04.09.24; Radio Okapi: Tentative d'évasion à la prison de Makala. Le Gouvernement publie un bilan provisoire de 129 morts, 03.09.24; RFI: RDC. Indignations et inquiétudes après les événements meurtriers de la prison de Makala, 04.09.24.
 - 7 Radio Okapi: RDC. L'opposant Seth Kikuni détenu à l'ANR, 02.09.2024; RFI: RDC. La coalition de l'opposant Seth Kikuni dénonce son arrestation par l'ANR, 05.09.24.
 - 8 MONUSCO, OHCHR: Communiqué de presse. Le BCNUDH publie les principales tendances des violations des droits de l'homme en République démocratique du Congo pour le mois de juillet 2024, 03.09.2024; Radio Okapi: RDC. 400 violations des droits de l'homme et 1487 victimes enregistrées en juillet, 03.09.24.
 - 9 Africa.com: Médecins sans frontières (MSF) reports unprecedented number of sexual violence cases in Democratic Republic Congo, 01.10.24; Africa.com: United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) sounds alarm on worsening humanitarian situation in the Democratic Republic of Congo (DR Congo), 30.09.24; Le Monde: Est de la RDC. « Il y a urgence à mobiliser l'ensemble des acteurs pour la prise en charge des femmes victimes de violences sexuelles », 30.09.24.
 - 10 CGTN: Nearly 1 million people displaced in DR Congo this year. UN, 09.10.24; United Nations. United Nations Human Rights. Office of the High Commissioner: High Commissioner Türk on the Democratic Republic of Congo. "Make the space for peace", 08.10.24.
 - 11 Africanews: DRC. President announces creation of commission to oversee Constitutional revision, 24.10.24; All Africa: Congo-Kinshasa. Former President Kabila Wants to Block Revision of Constitution, 29.10.24; RFI: RDC. En déplacement à Kisangani, Félix Tshisekedi annonce une révision de la Constitution, 24.10.24; RFI: RDC. Le camp de l'ex-président Joseph Kabila s'oppose au projet de révision de la Constitution, 28.10.24.
 - 12 Jeune Afrique: « En RDC, 80 % des détenus qui croupissent en prison sont dans l'attente d'un procès », 07.12.24; Radio Okapi: RDC. Il est urgent d'établir un mécanisme national de prévention de la torture face aux conditions inhumaines de détention (ONU), 12.12.24; Radio Okapi: Tanganyika. La prison centrale de Moba privée d'eau potable depuis 11 mois, 12.12.24.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-1093

Stand

12/2024

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de